



photothek.net / Thomas Imo

Kein Weiter-so in Afghanistan

Seit acht Jahren beteiligt sich Deutschland an der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF). Trotz vieler Fortschritte bleibt die Lage in Afghanistan äußerst instabil. Das Land braucht weiterhin die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft. Aber eins ist klar: Es darf kein Weiter-so in Afghanistan geben. In dieser Wahlperiode muss der Weg zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände mit klaren Zwischenzielen festgelegt werden. So hat es Frank-Walter Steinmeier bereits im Sommer in seinem 10-Punkte-Plan formuliert. Auch US-Präsident Obama hat seine Strategie für Afghanistan nun öffentlich gemacht. Nur die Kanzlerin und ihr Außenminister vertagen ihre Entscheidung und warten die Afghanistan-Konferenz Ende Januar 2010 in London ab. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Entschließungsantrag mit konkreten Forderungen an die schwarz-gelbe Regierung vorgelegt.

Afghanistan braucht weiterhin internationale Unterstützung

In den letzten Jahren sind in vielen Bereichen wichtige Fortschritte in Afghanistan erzielt worden. Zugleich bleibt die Sicherheitslage in vielen Landesteilen angespannt und hat sich zuletzt im Norden verschlechtert. Die Taliban, regionale Kriegsfürsten und Drogenhändler haben kein Interesse an einem Erfolg des Stabilisierungsprozesses und bekämpfen die gewählte Regierung. Aber auch die Unregelmäßigkeiten, die zur Wiederwahl Karsais geführt hat, bremsen positive gesellschaftspolitische Entwicklungen.

Ein Rückzug aus Afghanistan zum jetzigen Zeitpunkt hätte fatale Folgen für die Menschen dort, aber auch für unsere Sicherheit hier in Deutschland. Die afghanische Regierung ist noch nicht in der Lage, in allen Teilen des Landes für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist notwendig, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkriegs und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion der Fortsetzung des ISAF-Mandats mit bis zu maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten zugestimmt. Dies haben wir mit Forderungen zur Ausgestaltung des weiteren Engagements und in Bezug auf die deutsche Verhandlungsführung auf der Afghanistan-Konferenz verbunden.

Afghanistan-Konferenz jetzt vorbereiten

In unserem Entschließungsantrag haben wir zehn konkrete Forderungen an die Bundesregierung gestellt. Afghanistan braucht eine klare Perspektive. Die Sicherheitsverantwortung soll nach unserer Auffassung Region für Region und Provinz für Provinz in afghanische Hände übergehen. Deshalb steht für uns die Erarbeitung eines verbindlichen Fahrplans im Vordergrund. Dieser muss anhand konkreter und zeitlich festgelegter Zwischenschritte die weitere Zusammenarbeit mit Präsident Karsai festlegen sowie Dauer und Ende des militärischen Engagements der Internationalen Gemeinschaft in Afghanistan beschreiben. Eine solche verbindliche Vereinbarung zu erreichen wird die Hauptaufgabe der internationalen Afghanistan-Konferenz im nächsten Jahr sein. Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, dem Parlament ihr Konzept und ihre Verhandlungsziele vor der Konferenz vorzulegen.

SPD fordert verbindliche Vereinbarung mit Karsai

Mit der neuen Regierung in Kabul muss es einen Neuanfang geben. Zu den Anstrengungen der Internationalen Gemeinschaft müssen konkrete Gegenleistungen eingefordert werden. Dazu gehören entschlossene Schritte beim Schutz der Grundrechte, bei der Bekämpfung von Korruption, Misswirtschaft und der organisierten Drogenkriminalität. Dies sind Voraussetzungen dafür, die Lage in Afghanistan zu stabilisieren. Dazu muss die Internationale Gemeinschaft geschlossen darauf drängen, dass korrupte Beamte und Politiker aus ihren Ämtern entfernt werden. Auch die deutsche Hilfe muss, wo nötig, an strenge vertragliche Vereinbarungen gebunden werden. Als zentrale Aufgaben zur Stabilisierung Afghanistans gelten: der beschleunigte Aufbau der afghanischen Armee und der Polizeikräfte, die Sicherung der staatlichen Autorität auch außerhalb der städtischen Zentren, die Entwicklung alternativer Einkommensmöglichkeiten für die Landbevölkerung zur Zurückdrängung des Drogenanbaus, die Stärkung der Berufsausbildung sowie die Unterstützung der Versöhnungsinitiative der afghanischen Regierung zur Rückkehr von Mitläufern der Taliban in die afghanische Gesellschaft.

Obama stellt Konzept vor – Kanzlerin schweigt

US-Präsident Obama hat in seiner Rede Anfang Dezember klar gemacht, dass er eine Perspektive für die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung im politischen und militärischen Bereich will. Bereits im Sommer 2011 soll abhängig von der Sicherheitslage der Rückzug der US-Streitkräfte beginnen, die zunächst um 30.000 Mann aufgestockt werden. Auch Deutschland wurde wie andere europäische Partner aufgefordert, die militärischen Beiträge sichtbar zu erhöhen. Nur die Kanzlerin schweigt. Erst nach der Afghanistan-Konferenz will sie die Position der Bundesregierung festlegen. Für uns steht fest, dass der zivile Wiederaufbau Priorität haben muss. Die Diskussion sollte nicht auf die Frage von Truppenstärken verengt werden.

SPD stimmt gegen Fortsetzung von OEF am Horn von Afrika

Wir haben die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) am Horn von Afrika im Bundestag abgelehnt. Schon 2008 hatte die Bundesrepublik nach einer Initiative unseres damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier ihre Beteiligung an landgestützten OEF-Operationen beendet. Bis Oktober war die Bundesrepublik nur noch mit einem Seefernaufklärer beteiligt. Bis Dezember 2009 ist jetzt wieder eine Fregatte vor Ort im Einsatz. Immer häufiger gibt es außerdem Überschneidungen und kurzfristige „Umflaggungen“ mit der Antipiraterie-Mission ATALANTA. Es ist von daher sinnvoll, den Beitrag der Bundeswehr zu ATALANTA zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Afrikas zu stärken. Wir haben am 18. Februar der Fortsetzung einer deutschen Beteiligung an ATALANTA im Bundestag zugestimmt.

Parlament untersucht Vorfall im Kundus

Nach dem von der Opposition erzwungenen Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Jung am 27. November und auch mit der Korrektur der Bewertung des Luftangriffs durch seinen Nachfolger zu Guttenberg am 3. Dezember, der die Bombardierung jetzt als „nicht angemessen“ bezeichnet, sind für uns noch jede Menge Fragen offen.

Am 2. Dezember hat der Verteidigungsausschuss des Bundestages einstimmig seine Umwandlung in einen Untersuchungsausschuss beschlossen. Dieser hat sich am 16. Dezember konstituiert. Die SPD wird mit den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag einen gemeinsamen Untersuchungsauftrag erarbeiten. Untersucht werden sollen die Umstände der Bombardierung der beiden entführten Tanklaster im Kundus am 4. September, der bis zu 142 Tote und Verletzte, darunter auch viele Zivilisten, zum Opfer gefallen sind. Wir wollen vor allem wissen, wer wann was im Verteidigungsministerium und Kanzleramt von den zivilen Opfern wusste und wer nichts wusste und warum. Unklar ist, ob der Verteidigungsausschuss, dessen Sitzungen normalerweise nicht öffentlich sind, die politischen Fragen im Rahmen der Untersuchung transparent behandeln wird. Sollten die Regierungsfaktionen öffentliche Sitzungen in wichtigen politischen Belangen nicht zulassen, haben wir die Möglichkeit, gemeinsam mit Grünen und Linken die Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses durchzusetzen.